



## **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend**

### **80. Sitzung (öffentlich)**

9. Dezember 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:01 Uhr bis 14:23 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Jörg (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

### **Verhandlungspunkt:**

**NRW muss eine Strategie für eine eigenständige und einmischende  
Kinder- und Jugendpolitik entwickeln!**

**3**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/14941

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

\* \* \*



**NRW muss eine Strategie für eine eigenständige und einmischende Kinder- und Jugendpolitik entwickeln!**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/14941

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

**Vorsitzender Wolfgang Jörg:** Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herzlich willkommen zu unserer Sitzung. Die Einladung ist Ihnen mit der Drucksachenummer 17/2110 form- und fristgerecht zugegangen. Ich eröffne die heutige Anhörung zum Thema „NRW muss eine Strategie für eine eigenständige und einmischende Kinder- und Jugendpolitik entwickeln!“. Ich begrüße Sie natürlich wie immer alle recht herzlich. Ich bin sehr glücklich und froh, dass Sie die Zeit gefunden, uns mit Ihren Argumenten in der politischen Beratung zu unterstützen und dass Sie trotz Corona den Weg hier in den Landtag gefunden haben. Vielen Dank.

Wir haben auch einige Gäste, die uns digital zugeschaltet sind, das sind Frau Daniela Broda, Herr Prof. Dr. Jan Ziekow, Herr Christopher Roch, Herr Prof. Dr. Wolfgang Schröer, Herr Dr. Steve Kenner sowie Frau Helga Siemens-Weibring. Ich hoffe, Sie sind alle da. Wir haben Ihre Stellungnahmen bekommen; sehr vielen Dank dafür. Wir wollen es wie immer so machen, dass wir am Anfang kein mündliches Statement vorsehen, sondern gehen Sie davon aus, dass die Kolleginnen und Kollegen Ihre Stellungnahmen gelesen haben. Wir würden Sie bitten, auch wenn das schwierig ist, weil Sie als fachkompetente Berater viel zu sagen haben, Ihre Antworten möglichst auf fünf Minuten zu reduzieren, damit wir durch die Tagesordnung kommen.

Wir fangen in der ersten Runde pro Fraktion mit einem Redner an. Wir beginnen mit der ersten Wortmeldung von Herrn Kamieth. – Lieber Jens, bitte schön.

**Jens Kamieth (CDU):** Herr Vorsitzender! Schönen Dank an alle Gäste, die uns heute mit viel Wissen zur Verfügung stehen. Ich würde mal mit einer Frage an die Landschaftsverbände anfangen. Es gibt ja die Handreichung bzw. die Arbeitshilfe für die kommunalen Jugendparlamente. Inwieweit werden diese tatsächlich beworben? Wie ist da sozusagen der Abfluss? Wie groß ist das Interesse an Jugendbeteiligung, die Sie insofern festmachen können?

An Sie richte ich auch die Frage nach Jugendparlamenten in anderen Bundesländern. Haben Sie da Erkenntnisse? Wo können wir als Nordrhein-Westfalen vielleicht lernen?

Die Frage an die kommunalen Spitzenverbände wäre: Wir diskutieren ja über die Änderung der Gemeindeordnung und gleichzeitig über die Kosten, die dadurch entstehen. Gibt es diesbezüglich schon einen Austausch? Wo sehen Sie da den Änderungsbedarf oder die große Notwendigkeit in Verhandlungen zu treten?

**Dr. Dennis Maelzer (SPD):** Herr Vorsitzender! Die erste Frage richte ich an den Landesjugendring. Sie haben zum Ausdruck gebracht, dass Sie es gut fänden, wenn wir

zu einem gemeinsamen Dialogprozess für eine Jugendstrategie zurückfinden würden. Wie haben Sie bislang den Dialogprozess empfunden? Was versprechen Sie sich von einem solchen Dialogprozess? Was müsste an dessen Ende stehen, damit Sie sagen, das war dann auch ein erfolgreicher Dialog mit den demokratischen Fraktionen in diesem Landtag?

Die nächste Frage geht an Herrn Prof. Dr. Schröer – ich sehe ihn auf dem Bildschirm. Können Sie noch einmal genauer darauf eingehen, worauf wir bei der Etablierung einer Kinder- und Jugendstrategie in Nordrhein-Westfalen konkret achten sollten, damit wir die einzelnen Lebensalter – das Kinder- und das Jugendalter zwischen 0 und 27 – angemessen differenzieren können und für alle einen gewinnbringenden Prozess daraus machen?

Die nächste Frage geht an das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung. Da geht es mir um die Erfahrung, die Sie mit dem Jugend-Check gemacht haben. Es gibt hier im Landtag zum Teil die Debatte darüber, ob ein Jugend-Check bei Gesetzgebungsverfahren einen großen Bürokratieaufwand, hohe Kosten und Verzögerungen mit sich bringen würden. Was sind Ihre Erfahrungen mit Kinder- und Jugend-Checks, die Sie gemacht haben?

**Alexander Brockmeier (FDP):** Auch von meiner Seite noch mal herzlichen Dank für die bisherigen Stellungnahmen und auch für Ihr Erscheinen heute, um noch mal ein paar Nachfragen stellen zu können.

Ich kann mich direkt an die letzte Frage von Herrn Maelzer anschließen. Die Frage richtet sich an Herrn Prof. Ziekow, und zwar in Bezug auf den Jugend-Check auf Bundesebene. Dazu haben Sie in Ihrer Stellungnahme ausgeführt. Da noch mal konkretisiert gefragt: Wie hoch ist der Zeitaufwand und der Prüfungsaufwand, um bei einem Gesetzesvorhaben den Jugend-Check anzuwenden? Können Sie Beispiele nennen, wo der Jugend-Check erfolgreich bewirkt hat, dass es vielleicht aufgrund des Jugend-Checks ein bestimmtes Verhalten auf Bundesebene gab?

Meine zweite Frage richtet sich an Herrn Pinsdorf vom Stadtjugendring Bornheim. Sie sprachen in Ihrer Stellungnahme von einer Legitimation, die jede Jugendbeteiligung braucht, damit sie auch gehört werden kann. Vielleicht können Sie einmal von Ihren Erfahrungen von vor Ort sprechen und uns schildern, was es braucht, damit auch diese Legitimation auf Landesebene vorhanden ist. Welche Vorschläge haben Sie struktureller Art?

Meine dritte Frage richtet sich an Herrn Pilger und Frau Tölke vom Landesjugendring. Können Sie uns noch mal hinsichtlich dieses Antrags die Differenzierung zwischen Kinder- und Jugendbeteiligung darstellen? Wie schätzen Sie diese ein? Welche Gefahren drohen, wenn man Kinder- und Jugendbeteiligung nicht ausreichend differenziert?

**Josefine Paul (GRÜNE):** Herr Vorsitzender! Vielen Dank auch von mir für Ihre Stellungnahmen und für Ihre Bereitschaft, heute mit uns noch mal etwas intensiver in die Thematik einzusteigen.

Mit meiner ersten Frage an Herrn Ziekow kann ich mich im Grunde genommen den Kollegen Brockmeier und Maelzer anschließen. Können Sie, Herr Ziekow, auch noch mal etwas zu der Frage der Verbindlichkeit sagen, also wie sozusagen eine gewisse Verbindlichkeit in Verfahren beim Jugend-Check eingepreist werden kann?

Meine zweite Frage richtet sich an den Landesjugendring, auch anschließend an das, was der Kollege Maelzer gefragt hat: Wie muss denn aus Ihrer Sicht ein solcher Dialogprozess ausgestaltet sein, damit er auch wirklich zu Ergebnissen führen kann? Ich würde gern noch eine zweite Frage an den Landesjugendring anschließen, und zwar geht es bei der Frage einer breiter angelegten Strategie wirklich um solche Fragen wie Diskriminierung, die Sie auch angesprochen haben. In welcher Art und Weise müssen auch die Fragen von Diskriminierungserfahrungen, intersexueller Diskriminierung und den wirklich besonderen Herausforderungen von Kindern und Jugendlichen auch noch mal angesprochen werden? Was wären aus Ihrer Sicht Dinge, auf die wir sehr dezidiert achten müssten?

Meine dritte Frage richtet sich an die Freie Wohlfahrtspflege, an Frau Siemens-Weibring. Sie haben in Ihrer Stellungnahme insbesondere auch von niedrigschwelligen Zugängen geschrieben. Davon reden wir ja immer wieder, dass es die Frage ist, wie wir eigentlich eine Breite an Kindern und Jugendlichen erreichen, auch in ihren sehr unterschiedlichen Bedarfen, aber auch in den unterschiedlichen Zugängen, die sie ja möglicherweise zu Beteiligung haben. Sie haben ja auch noch mal die Stichworte „kultursensibel“ und „inklusiv“ aufgegriffen. Wie kann eine solche Jugendbeteiligung so umfassend wie möglich und so viele Kinder und Jugendliche erreichend wie möglich ausgestaltet sein?

**Iris Dworeck-Danielowski (AfD):** Herr Vorsitzender! Von unserer Seite aus natürlich auch einen herzlichen Dank an alle Sachverständigen, dass Sie für etwaige Rückfragen zur Verfügung stehen. Diese habe ich in der Tat.

Meine erste Frage richtet sich an den Landeselternbeirat, und zwar schreiben Sie in Ihrer Stellungnahme selbst, dass es in den Einrichtungen sehr unterschiedlich gehandhabt wird, welche Beteiligungsprozesse es für Kinder gibt. Sie stellen die These auf: Wenn Beteiligung als gewünscht und wirksam empfunden wird, dann wird sie regelmäßig genutzt und bringt damit einen Zugewinn an Qualität. Mich würde jetzt interessieren, ob Sie Erkenntnisse darüber haben, dass die Bildungs- und Betreuungsqualität in den unterschiedlichen Einrichtungen variiert, je nachdem, wie dort Partizipation gelebt wird. Sie haben ja offensichtlich Erkenntnisse darüber, dass das in unterschiedlichen Kindertageseinrichtungen unterschiedlich gehandhabt wird. Falls es eine Konzeption bezüglich Kinderpartizipation gibt: Gibt es dort eine bessere Betreuungs- und Bildungsqualität als in Einrichtungen, wo es gegebenenfalls noch kein Konzept hierzu gibt? Oder: Wie will man das überhaupt messen? Das würde mich interessieren.

Meine andere Frage richtet sich an den Kinder- und Jugendrat NRW, und zwar haben Sie ja selbst davon gesprochen, dass Sie eine Arbeitsgemeinschaft haben, die zur Überarbeitung der Gemeindeordnung arbeitet. Ich kann mich daran erinnern, dass das Thema „Gemeindeordnung“ schon seit zwei, drei Jahren immer wieder auftaucht: dass es eigentlich notwendig wäre, da etwas zu verändern, um es in der Verfassung zu

haben. Mich würde jetzt interessieren: Wie gestalten sich bisher Ihre Gespräche mit den regierungstragenden Fraktionen, mit der Landesregierung? Gibt es da eine Perspektive? Sehen Sie, dass sich da etwas tut, dass die Gemeindeordnung entsprechend verändert oder reformiert wird? Oder ist das bisher noch nicht so der Fall?

**Vorsitzender Wolfgang Jörg:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Jetzt gehen wir das Tableau einmal durch, weil wir natürlich jedem Gast die Möglichkeit geben wollen, zu den Fragen Stellung zu nehmen, auch wenn einzelne direkt angesprochen worden sind.

Wir kommen zu den beiden Landschaftsverbänden und beginnen mit Herrn Lorenz Bahr.

**Lorenz Bahr (Landschaftsverband Rheinland):** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Die Landschaftsverbände wollen zunächst einmal betonen, dass sich der Bund und andere Bundesländer bereits auf den Weg gemacht haben, entsprechende Jugendstrategien zu implementieren. Wir glauben, auch für NRW ist eine strukturelle Verankerung einer entsprechenden Jugendstrategie sinnvoll und richtig.

Der Kürze halber möchte ich nur die Fragen von Herrn Kamieth beantworten. Sie haben gefragt, wie unsere Empfehlung, die Arbeitshilfe aus dem Jahr 2014 „Eigenständige Jugendpolitik aus der Sicht kommunaler Jugendförderung“, abgefragt wird. Ich muss ehrlich sagen: Ich weiß es nicht. Ich weiß noch nicht einmal, ob wir überhaupt noch Arbeitshilfen in Druckformaten veröffentlichen. Wir veröffentlichen mittlerweile immer auf der Internetseite. Wie häufig diese dort angeklickt wird, das müsste ich nachschauen, das kann ich einfach gar nicht sagen.

Aber wir haben infolge dieser Arbeitshilfe ein entsprechendes Projekt aufgelegt – „Eigenständige Jugendpolitik“ – mit dem Ziel, bis Ende 2022 in 44 Kommunen entsprechende Strategien zu verankern. An dieser Stelle können wir, glaube ich, sagen, dass wir sehr erfolgreich sind, indem wir nämlich Stand heute einen Stand von 31 Kommunen erreicht haben. Das mag zumindest einen Hinweis darauf geben, wie auch diese Arbeitshilfe abgefragt wird.

Darüber hinaus fragten Sie, in welchen Bundesländern wir quasi nach Vorbildern schauen können. Eine entsprechende Verankerung, gegebenenfalls auch in den entsprechenden Gemeindeordnungen, finden Sie in Brandenburg, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein. Eine eigene Landesstrategie Mitbestimmung hat Thüringen.

**Marlies Silies (Landschaftsverband Westfalen-Lippe):** Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann dem soweit eigentlich nichts weiter hinzufügen, außer dass wir im Rahmen des Projekts – so, wie Herr Bahr das auch schon zitiert hat – natürlich auch auf diese Arbeitshilfe, die wir haben, verweisen. Dort findet sie schon Anwendung und wird auch in diesem Kontext gut genutzt.

**Bianca Weber (Städtetag Nordrhein-Westfalen):** Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann mich den Ausführungen der Landschaftsverbände anschließen. Wir sind von Ihnen, Herr Kamieth, zu dem Punkt „Gespräche über die Gemeindeordnung und Diskussionsstand“ angesprochen worden. Ich muss gestehen, dass ich dazu gar nichts sagen kann, weil wir nicht in diese Gespräche involviert sind. Da müsste man wahrscheinlich die Kollegen fragen, die mit der Gemeindeordnung zu tun haben. Ich weiß nicht: Sind das Gespräche, die jetzt sozusagen auf Landesebene stattfinden? So habe ich Sie verstanden. – Ja, okay. Dazu kann ich leider nichts sagen.

**Dr. Matthias Menzel (Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen):** Die Gemeindeordnung enthält ja, wenn ich es richtig sehe, aktuell eine Kann-Regelung, das heißt, die Kommunen können vor Ort entsprechende kommunale Institutionen oder Kommunalparlamente für Jugendliche und Kinder etablieren. Wir wissen, dass das Thema vor Ort durchaus rege diskutiert wird. Wir haben allerdings keine Erkenntnisse darüber, wie viele Kommunen es jetzt konkret umgesetzt haben. Das müsste man entsprechend abfragen. Daher liegen dazu keine Informationen vor. Ich gehe aber einmal davon aus, dass die Kommunen mit Kinder- und Jugendparlamenten gegenüber den Kommunen ohne wahrscheinlich in der Unterzahl sind. Das ist jetzt eine ganz persönliche Einschätzung von mir. Das müsste man noch mal durch eine Abfrage im Einzelnen verifizieren.

Wenn man jetzt natürlich hingehen würde und das Ganze verpflichtend machen würde, dass die Kommunen das auf jeden Fall machen müssen, dann muss man natürlich davon ausgehen – wenn man jetzt davon ausgeht, dass der aktuelle Stand eher etwas niedrig ist –, dass das mit einem nicht unerheblichen Aufwand verbunden ist. Wir müssten dann im Einzelfall mit unseren Mitgliedskommunen auch abstimmen, wie hoch der Aufwand ist. Wir würden eher vorschlagen – bevor es jetzt landesgesetzlich auf den Weg gebracht werden sollte –, dass wir das ganze Thema – das hatten wir auch in unserer Stellungnahme ausgeführt – noch mal kommunal diskutieren, sozusagen in den Gremien der kommunalen Spitzenverbände, um eine möglichst einheitliche Position zu diesem Thema hinzubekommen.

**Helga Siemens-Weibring (Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen):** Herr Vorsitzender! Ich beziehe mich auf die Frage von Frau Paul zu den niederschweligen Zugängen. Ich denke, es ist wichtig, die Kinder und Jugendlichen überall dort abzuholen, wo sie sind. Und sie sind an verschiedenen Stellen in den einzelnen Quartieren und Stadtteilen zu finden. Das ist natürlich einmal an den bekannten Orten wie Kindertagesstätten und Schulen, in der OGS, aber auch in Verbänden, in Sportvereinen – heute ist ein Vertreter der AGOT anwesend – und bei den Offenen Türen. Es gibt viele Orte, wo sich Kinder und Jugendliche treffen. Wichtig ist mir dabei, dass wir die Jugendlichen mit Einschränkungen nicht vergessen, das heißt, dass wir nicht nur in die allgemeinbildenden Schulen hineinschauen, sondern auch in die Schulen für Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf.

Für mich stellt sich entscheidend die Frage: Wer hat die Steuerung in einer solchen Aufstellung eines Kinder- und Jugendparlaments oder einer Beteiligung? Wer übernimmt in diesem einzelnen Bereich die Steuerung und holt alle an einen Tisch? Dazu können auch Sportvereine und Karnevalsvereine gehören. Ich habe jetzt keine große Idee, wer noch alles dazu geholt werden kann: Selbsthilfeorganisationen, „Fridays for Future“. Wir kennen viele Orte, an denen sich Kinder und Jugendliche organisieren. Das muss gesteuert werden. Ich glaube, dazu braucht es eigenes Personal, eigene Menschen und Orte, um dann diese Gremien aufzustellen.

**Max Pilger (Landesjugendring NRW e. V.):** Wir freuen uns sehr über den Antrag der SPD-Fraktion und unterstützen diesen an vielen Stellen deutlich. Ganz grundsätzlich deshalb, weil wir es sehr, sehr wichtig finden, gerade in der aktuellen Situation, die Berücksichtigung der Interessen von Kindern und Jugendlichen noch mal auf eine grundsätzliche Art und Weise anzugehen und durch die verbindliche Verankerung einer Strategie diese auch krisenfest sicherzustellen und damit auch die Landespolitik noch mal anders in die Verantwortung zu nehmen. Ich glaube, was im Rahmen der Entwicklung einer solchen Strategie sehr wichtig ist: dass die Formen von Beteiligungen und die Formen, wie wir dafür Sorge tragen, dass die Themen von Kindern und Jugendlichen nicht nur im Ausschuss 04 behandelt werden – so wichtig und gut es auch ist, dass sie hier behandelt werden –, sondern auch in den anderen Fachausschüssen und in allen anderen politischen Ressorts. Das ist aus unserer Perspektive der Kern, um den es gehen muss: Jugendpolitik aus der Sparte der Jugendhilfepolitik so ein bisschen zu befreien und zum Querschnittsthema zu machen. Dafür braucht es einfach einen ganz breiten Mix an unterschiedlichen Beteiligungsformaten.

Das wäre auch ein Teil meiner Antwort darauf, wie wir Kinder und Jugendliche mit Diskriminierungserfahrungen oder überhaupt Kinder und Jugendliche, die jetzt nicht im bildungsbürgerlichen Mainstream aufwachsen, erreichen können. Wir brauchen einfach eine große Anzahl unterschiedlichster Formate, wie wir junge Menschen beteiligen können und wie vor allem ihre Interessen auf Landesebene berücksichtigt werden.

Gefragt worden sind wir auch zu dem Dialogprozess. Ich glaube, das war Punkt 2 oder 3 des Ursprungsantrags. Da wäre mir wichtig, noch mal zu differenzieren. Wenn ich das richtig verstehe, ist der Dialogprozess, der hier angesprochen wird, der interfraktionelle Austausch zwischen den demokratischen Fraktionen und dem Landesjugendring, dem Kinder- und Jugendrat sowie der Landesschüler\*innenvertretung, den wir in dieser Legislatur in unterschiedlicher Intensität gepflegt haben. Da begrüßen wir den Vorstoß, diesen wieder aufzunehmen. Damit dieser Austausch wirkt und damit er etwas bringen kann, glauben wir schon, dass es notwendig ist, dass auch die Fraktionen ein gemeinsames, ehrliches Interesse daran haben, in einem solchen Austausch zu konsensualen Lösungen zu kommen und diese auch gegenseitig mitzutragen. Wenn diese Prämisse nicht besteht, dann ist es wahrscheinlich doch sinnvoller, auch den Streit über jugendpolitische Themen in den politischen Gremien weiter voranzubringen. Das wäre eine Antwort.



Dieser Austausch ist zwar total nett, gut und wichtig, kann aber keine Jugendstrategie ersetzen. Es ist noch mal wichtig, darauf hinzuweisen; denn es geht hier gerade um eine strukturelle, langfristige und krisensichere Absicherung, sodass junge Menschen ein Recht darauf haben, dass ihre Interessen in allen Themenbereichen berücksichtigt werden und sich darauf berufen können.

Noch kurz zu der Frage von Herrn Brockmeier. Das ist tatsächlich ein Punkt in dem Antrag, an der wir uns noch eine Schärfung wünschen. Wir haben in der Stellungnahme auch geschrieben, dass zwischen Kinder- und Jugendbeteiligung nicht ausreichend klar differenziert wird. Das würden wir an dieser Stelle sagen. Auch die Beteiligung von Kindern in der frühkindlichen Bildung ist total wichtig. Aber wir sehen die Gefahr, wenn das mit der Jugendstrategie und der Jugendbeteiligung kombiniert und übereingebracht wird, dass wir dann gleiche Dynamiken erleben wie wir sie seit der Einführung des Rechtsanspruchs auf den Kitaplatz in allen Jugendhilfeausschüssen erleben: dass nämlich das Thema „Kita und frühkindliche Bildung“ alles andere dominiert. Das möchten wir in einer Jugendstrategie sehr gern vermeiden. Denn die Prämisse einer eigenständigen Jugendpolitik ist: Jugend ist eine eigenständig wertzuschätzende Lebensphase. Deswegen muss die Konzentration auch darauf erfolgen. Das sagt nicht, dass wir nicht auch eine Strategie dafür entwickeln sollten, wie frühkindliche Bildung partizipativer gestaltet werden kann.

**Maha Tölke (Landesjugendring NRW e. V.):** Unsererseits noch ein paar Hinweise darauf, wie wir uns die Jugendstrategie auch diskriminierungssensibel vorstellen können. Wir hatten in einer Grafik einen ersten Entwurf einer Jugendstrategie vorgelegt. Diesen kennen viele Abgeordnete hier im Raum auch. Vorstellbar ist, verschiedene Lebenslagen zum einen durch Quoten, aber im Bereich des Qualitätsmanagements auch durch externe Beratung zu berücksichtigen. Wir haben hier in Nordrhein-Westfalen viele Fachstellen, mit denen wir in unseren Strukturen auch bereits zusammenarbeiten. Das berücksichtigt zum einen Geschlechterfragen, das berücksichtigt aber auch inklusive Fragen. Wir, der Landesjugendring, entwickeln z. B. im Moment einen rassismuskritischen Selbstcheck und holen uns dazu über IDA-NRW gerade externe Beratung. Diese Fachstellen könnten im Sinne einer guten Qualität auch in der Entwicklung dieser Jugendstrategie in Beratungsfragen eingezogen werden.

**Max Fockenbergh (Kinder- und Jugendrat NRW):** Zuerst einmal möchten wir gern sagen: Wir sind froh darüber, dass die SPD diesen Antrag eingebracht hat. Denn wir freuen uns über den Hintergrund dieses Antrags; denn eine Jugendstrategie für NRW ist durchaus wünschenswert. Das haben wir auch in unserer Stellungnahme geschrieben. Wenn man so etwas wie eine Jugendbeteiligung schaffen will, dann sollte man es auch so unterfüttern, dass es nicht nur einzelne Aspekte sind, wie wir das gesagt haben. Denn ein Jugendparlament, wie es jetzt in der Mache ist, würde nicht unbedingt hilfreich sein, wenn man das Ganze nicht mit mehreren Punkten verbindet.

Einen Punkt würde ich gern aufgreifen. Wir haben mit unserer AG Gemeindeordnung auch daran gearbeitet, die Gemeindeordnung abzuändern. Wir sind auch nicht dafür, dass es eine Müssen-Formulierung in der Gemeindeordnung gibt. Wir möchten das

auch mit Kann-Formulierungen lösen, aber dann so klar, dass man auch weiß, was man tun darf. Denn wir haben in unseren Gremien festgestellt, dass viele Jugendparlamente von der Stadtverwaltung gesagt bekommen: „Wir wissen nicht, ob wir das machen können. Wir haben da keine Rechtssicherheit. Deswegen machen wir es nicht.“ Das ist ein Punkt, den wir wirklich angehen müssen; denn wenn man Jugendgremien hat, dann sollten diese auch entscheidungsfähig sein.

Anschließen möchte ich mich dem LJR zum Punkt der frühkindlichen Bildung. Das haben wir auch kritisch gesehen, dass man das jetzt in dem Antrag der SPD-Fraktion vermischen würde. Das würden wir auch nicht wollen; denn Jugendstrategie ist Jugendstrategie. Da sollte man nicht noch die frühkindliche Bildung mit hineinnehmen.

Zur Frage von Frau Dworeck-Danielowski würde ich gern sagen: Wir haben keine Gespräche mit der Landesregierung geführt, aus dem Grund, dass wir nicht wollen, dass das Ganze als ein Programm der Landesregierung wahrgenommen wird. Wir würden das gern mit allen Fraktionen gleichberechtigt machen und haben uns erst mal an andere Partner gewandt, wie z. B. den Städte- und Gemeindebund, mit denen wir uns abgesprochen haben und mit denen wir auch ein Konzept für eine Änderung der Gemeindeordnung entworfen haben, das wir mit denen zusammen vorantreiben würden. Denn es ist uns klar: Wenn der Städte- und Gemeindebund das nicht möchte, ist es sehr schwierig, das zu machen. Es wird auch noch ein Gespräch mit dem Städtetag geben. Das ist bereits geplant und auch terminiert. Dieses hat aber noch nicht stattgefunden.

**Vorsitzender Wolfgang Jörg:** Herr Hofmann, möchten Sie das noch ergänzen? – Möchten Sie nicht. Prima. Dann vielen Dank. – Dann kommen wir zu Herrn Prof. Dr. Schröder und fliegen einmal kurz nach Hildesheim. – Bitte.

**Prof. Dr. Wolfgang Schröder (Universität Hildesheim, Institut für Sozial- und Organisationspädagogik [per Video zugeschaltet]):** Herzliche Grüße aus Hildesheim. Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich, dass ich in diesen Beratungen dabei sein darf. Es gab ja konkrete Fragen hinsichtlich der Altersdifferenzierung und der Erfolgskriterien einer solchen Strategie. Die Vorredner\*innen haben es ja schon gesagt: Die klassische Idee dieser eigenständigen Jugendpolitik war eine eigenständige Jugendpolitik. Es war die Idee, die Lebensphase Jugend in ihren Veränderungen politisch wieder neu zur Geltung zu bringen, weil genau da die Vermischung, die Entgrenzung und das Nichtmehrwarnehmen am deutlichsten wurde. Darum ist die Initiative ergriffen worden, dieses zu etablieren. Das ist wichtig, und das haben auch viele Vorredner\*innen gesagt, dass dieses nicht verwässert. Wenn hier jetzt mutig von einer Kinder- und Jugendstrategie gesprochen wird, dann ist es wichtig, dass wirklich diese Altersdifferenzierung klar konzeptionell steht. Das heißt, dass man auch sieht, dass Kindheit, Jugend und junges Erwachsenenalter jeweils eine Strategie brauchen. Das heißt auch – das fand ich in der Diskussion gerade interessant –, dass Kindheit dann nicht Pädagogik der frühen Kindheit bedeutet. Genau das ist ja das, warum viele sagen: Wir brauchen jetzt auch eine Kindheitspolitik oder eine Kinderstrategie.

Es ist nicht nur Betreuungspolitik, sondern es geht auch insgesamt um die Rechte der Kinder jenseits der Betreuungssettings in Einrichtungen und um die Beteiligungsrechte der Kinder. Wenn über Beteiligung geredet wird, wird hier immer sehr viel über Jugendparlamente geredet. Dann müssen wir auch eine eigene Beteiligungsstrategie von Kindern haben. Aber diese kann wiederum nicht die spätere ersetzen. Ich habe ja gesagt: Viele operieren mit dem Satz „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr“. Das stimmt so nicht. Hänschen muss lernen, Hans muss lernen, und der alte Hans auch. In allen Phasen ist es wichtig, eine Strategie zu haben. Es gibt nicht dieses: Es ist einmal gelernt, und es bleibt dann bei uns in der Gesellschaft.

Darum mein klares Plädoyer: Wenn man so mutig ist, eine eigenständige Kinder- und Jugendpolitik etablieren zu wollen, dann braucht es ganz eigene Strategien. Wenn Sie nach Erfolgskriterien fragen, ist das, glaube ich, wichtig. Es gibt Beispiele, wo letztlich nur ein neues Label auf eine Ansammlung von Projekten gesetzt wird. Das ist keine eigenständige Jugendpolitik und keine eigenständige Kindheitspolitik. Eigenständige Kindheits- und Jugendpolitik meint, dass man wirklich ein Konzept, eine Perspektive hat, was man in Nordrhein-Westfalen mit Jugend-, was man mit Kindheits-, was man mit jungen Erwachsenenalter meint und wie dieses darauf bezogen ist und wie man die Rechtsverwirklichung auch gestaltet. Das ist ja der nächste entscheidende Punkt: Es geht ja nicht darum, nur neue Rechte zu geben, sondern wir haben viele Rechte, die nicht eingelöst sind. Das Recht auf Beteiligung ist da, und es muss eingelöst und umgesetzt werden. Das ist der entscheidende Punkt, und da muss ich auch nicht beweisen, ob es effizient ist, ob es die Pädagogik schlanker oder erfolgreicher macht. Kinder und Jugendliche haben das Recht auf Beteiligung, und dann müssen wir es umsetzen. Wir müssen sehen, wie wir das tun. Das ist unsere Pflicht und unsere Verantwortung als Erwachsene.

Darum ein letzter Satz noch. Ich fand es in dem Antrag sehr gut, dass auch die Fragen nach der Infrastruktur und der sozialen Ungleichheit thematisiert werden. Auch dies wurde schon gesagt: Es braucht klare Strategien einer Diversitätssensibilität in der Form, aber auch von unterschiedlichen sozialen Lebenslagen, um die Menschen zu erreichen. Entsprechend müssen Beteiligungsformen auch ausdifferenziert sein. Das ist hochgradig anspruchsvoll und braucht viele konzeptionelle Überlegungen in ganz unterschiedlichen Settings mit, mit, mit den jungen Menschen, mit den Kinder und mit den jungen Erwachsenen. Nur so kann es gelingen. Das braucht Zeit, parteiübergreifende Arbeit, aber auch Auseinandersetzung und Konflikt, damit parteiübergreifend nicht die Unterschiede verdeckt werden.

**Daniela Heimann (Landeselternbeirat der Kindertageseinrichtungen NRW e. V.):**

Vielen Dank erst einmal für die Möglichkeit, hier heute zu unserer Stellungnahme noch ein paar Fragen zu beantworten. Frau Dworeck-Danielowski hatte danach gefragt, ob man die Beteiligung in den Kitas und in der Kindertagespflege in irgendeiner Form messen könnte, also ob es aufgrund dieser Partizipation zu Unterschieden in der Bildungs- und Betreuungsqualität kommt. Ich kann eines vorwegnehmen: Wirklich harte Faktoren um das zu messen, wird es vermutlich nicht geben. Da tue ich mich schwer, jetzt kreativ zu werden. Was wir durchaus haben, sind Rückmeldungen von Eltern und

von Trägern, dass sich Kinder ganz anders verhalten im Betreuungs- und Bildungsalltag.

Beispielsweise fällt es den Kindern dort, wo Kinderparlamente an der Tagesordnung stehen und wo Kinder tatsächlich so einfache Dinge wie Tischregeln mitgestalten dürfen, deutlich leichter, sich auch daran zu halten und sich auch daran messen zu lassen, dass sie sich daran halten. Das heißt, dort, wo Kinder tatsächlich mit ausgestalten dürfen, haben es die Fachkräfte zum einen ein bisschen leichter, ich glaube aber persönlich auch sehr stark daran, dass diese Kinder im späteren Leben auch einfach ein regeres Interesse an einer Beteiligungspolitik haben werden – sei es jetzt Kinder- oder Jugendpolitik. Ich glaube, auch die Jugendpolitik kann davon profitieren, dass in der frühkindlichen Bildung etwas getan wird, weil die Heranwachsenden dann möglicherweise ganz anders auf Dinge zugehen und Dinge wahrnehmen.

Was mir persönlich wichtig ist – vielleicht um auch noch einmal auf das zu reagieren, was meine Vorredner vorgetragen haben –: Ich finde es ein bisschen schade, dass man jetzt sagt, frühkindliche Bildung würde streckenweise dominieren. Ich erlebe das tatsächlich im Jugendhilfeausschuss anders. Aber da hat ja jeder seine eigenen Erfahrungswerte. Ich würde mir wünschen, dass wir das wirklich als Chance sehen, dass Kinder eben schon herangeführt werden, und ihnen mit Gleichwürdigkeit begegnen und eben Jugendpolitik später davon profitieren kann, dass Kinder wirklich früh Interesse entwickeln und später dann auch Interesse an Beteiligung haben und da einen Mehrwert schaffen.

**Dr. Steve Kenner (Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover, Institut für Didaktik der Demokratie [per Video zugeschaltet]):** Sehr geehrter Herr Vorsitzender, vielen Dank für die Möglichkeit, hier sprechen zu dürfen und auch Stellung zu nehmen zu dem Antrag der SPD-Fraktion, den ich insgesamt auch sehr befürworte. Das habe ich in meiner Stellungnahme auch deutlich gemacht. Da sich keine konkrete Frage an mich gerichtet hat und wir uns auch kurz halten sollen, um allen die Möglichkeit zu geben, würde ich mich darauf beschränken, auf einen Punkt, der jetzt auch angesprochen wurde, einmal kurz einzugehen, nämlich die Frage danach, ob es eigentlich Kriterien oder auch Untersuchungen zur Wirksamkeit von Jugendparlamenten gibt.

Dazu gibt es eine ganz spannende Untersuchung von Ingrid Bodewick, die man sich auf jeden Fall ganz gut anschauen kann, die gezeigt hat, dass es durchaus positive Effekte gibt, dass es aber auch mit Problemen behaftet ist, wenn wir Partizipation vor allem aus der Erwachsenenperspektive machen und versuchen, Erwachsenenstrukturen auf Kinder zu übertragen. Das soll nicht heißen, dass Kinder- und Jugendbeteiligung über solche Strukturen schlecht ist – das lässt sich wissenschaftlich nicht belegen –, aber dass wir bei einer Jugendstrategie, die es zu entwickeln gilt, über mehr nachdenken müssten als nur darüber, wie wir Strukturen, die wir aus der politischen Erwachsenenpartizipation kennen, auf Kinder und Jugendliche übertragen. Das wäre sicherlich nicht hilfreich, wenn man eine nachhaltige und vor allem emanzipatorische Partizipationsstrategie entwickeln will.

Ich würde vielleicht, um es tatsächlich nicht zu lang zu machen, noch einmal betonen wollen – das wurde vorhin schon einmal angesprochen –, dass eine Partizipationsstruktur bzw. Partizipationsstrategie auch immer so aussehen muss, dass sie marginalisierte Gruppen in den Blick nimmt. Wir erleben das ja. Es gibt spannende Untersuchungen zu „Fridays for Future“, wo viel selbstbestimmte, selbstorganisierte, unkonventionelle Partizipation von Jugendlichen, aber auch konventionelle, stattfindet. Auch die Jugendparlamente sind geprägt von jungen Menschen, die ohnehin privilegiert sind, also – mit Bourdieu gesprochen – mit einem hohen, sozialen, kulturellen Kapital ausgestattet sind. Wir sehen das bei „Fridays for Future“, wir sehen das auch bei anderen selbstorganisierten Jugendinitiativen. Wir müssen uns dringend auch bei der Entwicklung einer solchen Strategie die Frage stellen: Wie gelingt es uns, auch die anderen Jugendlichen zu erreichen, die nicht das Selbstvertrauen haben, die das Selbstwirksamkeitsempfinden nicht schon aus dem Elternhaus mitbekommen, sich einbringen zu wollen? Denn diese anderen Jugendlichen werden das sicherlich auch wollen, wenn wir sie dabei unterstützen und ihnen die Möglichkeit geben.

**Prof. Dr. Jan Ziekow (Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, Kompetenzzentrum Jugendcheck [per Video zugeschaltet]):** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordneten! Um ganz präzise zu sein, ist das Kompetenzzentrum Jugend-Check ein Projekt des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung. Das ist das nationale Verwaltungsinstitut, das vom Bund und von allen Ländern getragen wird. Das KomJC ist noch kein eigenes Institut.

Deshalb vielleicht auch noch mal kurz zur Einordnung. Der Jugend-Check ist eine Maßnahme der Gesetzesfolgenabschätzung. Das heißt, es geht darum, transparentes und informiertes Entscheiden zu ermöglichen. Es gibt ganz viele verschiedene Checks: Gesetzesfolgenabschätzung, Gendercheck, Nachhaltigkeitscheck, Mittstandscheck, Digitalcheck, und, und, und. Wir haben einmal 58 ermittelt, die wir teilweise selbst entwickelt haben, im Übrigen auch für Nordrhein-Westfalen. Der Jugend-Check ist einer davon. Er unterscheidet sich davon, dass sich der Bund dafür entschieden hat – und jetzt auch das Land Thüringen –, darauf ein besonderes Gewicht zu legen, indem dieser nicht durch die Ressorts, die selbst den Gesetzentwurf erstellen, durchgeführt wird. Er ist nach den entsprechenden methodischen Standards belastbar entwickelt worden und ist damit aus dem politischen Alltagsgeschäft herausgenommen, um eine objektive Entscheidungsgrundlage zu schaffen. Das ist der wesentliche Unterschied.

Ob das jetzt viel oder wenig Kosten verursacht, das kann ich Ihnen auch nicht sagen. Das ist die Frage – ich würde sie zurückgeben –, wie viel Ihnen die Jugend wert ist. Das ist der Punkt. Ich meine, dass solche Verfahren ein bisschen was kosten, ist schon klar. Ich kann nur sagen: Beim Bund haben wir in jeder Legislatur fast 600 Gesetzentwürfe von der Regierung, also deutlich, deutlich mehr, das Sechsfache, als das, was wir für Thüringen kalkuliert haben. Auf Landesebene halte ich die Kosten schon für stark kalkulierbar. Darum: Es ist damit auch kein Bürokratieaufwand in dem Sinne verbunden, weil das ein Informationsinstrument ist, das in das Gesetzgebungsverfahren

eingespeist wird. Inwieweit davon Gebrauch gemacht wird oder darauf Bezug genommen wird, liegt bei den politischen Akteuren, die sich allerdings auch daran messen lassen müssen. Das ist der Sinn, um den es dabei geht.

Verzögerungen im Gesetzgebungsprozess gibt es deshalb nicht, weil jedenfalls wir uns an den Gesetzgebungsprozess anpassen müssen. Das heißt also, wir haben die Zeit und können uns auch nur die Zeit nehmen. Mehr Zeit wird uns auch nicht gegeben, bis ein Ressortentwurf zur Kabinettsvorlage erstarkt. Spätestens dann ist Schluss. Wir bewerten später dann noch mal die Kabinettsvorlage. Aber daher ist das synchronisiert mit dem Gesetzgebungsverfahren, sodass dort kein Problem entsteht. Der Zeitaufwand bemisst sich dementsprechend auch nach dem Verfahren, in dem wir gerade sind. Wir haben es auch schon geschafft, das in sechs Stunden zu machen. Wir haben natürlich große Datenbanken, viel Erfahrung, ein großes interdisziplinäres Team, aber wir haben auch gern schon mal zwei, drei Wochen Zeit. Dann kann man ein bisschen mehr machen, um es einmal so zu sagen. Es ist sehr unterschiedlich.

Es wird jetzt in Thüringen spannend, weil Thüringen einen partizipativen Jugend-Check einführen will. Das heißt also, ein Jugend-Check, bei dem auch die Sichtweise der jungen Menschen einfließen soll. Es wird sicher sehr spannend sein, wie man das in das Gesetzgebungsverfahren einbaut. Auf Bundesebene ist das bisher nicht so, weil die Bundesebene einfach häufig unter sehr, sehr hohem Zeitdruck entscheidet.

Vielleicht noch ein Punkt, das ist einer der Punkte, die immer wieder angesprochen werden, die auch mit der Verbindlichkeit zusammenhängen: Wie weit haben Jugend-Checks zu Änderungen von Gesetzentwürfen geführt? Ja, haben sie. Ich bitte um Nachsicht – wie gesagt, es waren in der letzter Legislatur allein 600 Jugend-Checks, die wir auf Bundesebene durchgeführt haben –, jetzt den Gesetzestitel zu finden, das gelingt mir nicht. Es war so. Ich will auch darauf hinweisen: Wir haben mehrere Versionen. Wir haben eine Version für die Ministerien, das heißt, für die Ministerien, die den Entwurf noch ändern können, wir haben eine Kurzversion, die wir an alle Parlamentsausschüsse adressieren, die mit dem Gesetzentwurf befasst sind, und zwar an jede einzelne Abgeordnete, an jeden einzelnen Abgeordneten, und wir haben eine Version in jugendgerechter Sprache, um die zivilgesellschaftliche Diskussion unter den jungen Menschen zu erzeugen. Es gab natürlich auch schon Änderungswünsche und auch erst Änderungen im parlamentarischen Verfahren. Das muss man sehen, denn es erhöht den Legitimationsdruck, die Belange junger Menschen auch zu berücksichtigen.

Letzter Punkt, den ich noch ansprechen würde, ist Verbindlichkeit. Ich weiß, auch das ist ein Punkt, der politisch immer sehr diskutiert wird. Ich bin entspannt, muss ich ehrlich sagen. Auf Bundesebene ist das nicht entspannt, wir haben trotzdem alle Regierungsentwürfe gecheckt. Zum Schluss geht es darum, dass der Jugend-Check eine Qualität hat, die einfach überzeugt. Da muss ich wirklich sagen: Auf Bundesebene war es so, dass die Widerstände von bestimmten Ministerien am Anfang recht hoch waren. Auch nicht alle politischen Akteure im Parlament waren begeistert. Aber das haben wir mit sehr viel Dialog und, glaube ich, einfach auch Qualität klargemacht: Es geht nicht um Ideologie, es geht um Jugend und es geht nur um die Darstellung der Berührungspunkte von ihren Belangen. Dadurch ist die Akzeptanz soweit erhöht worden, dass der Punkt Verbindlichkeit für uns nicht der entscheidende ist.

In Thüringen ist jetzt ein anderer Weg gegangen worden. Dort entscheidet das Kabinett bei jedem Gesetzentwurf, ob ein Jugend-Check durchgeführt werden soll und mit Beteiligung oder ohne. Sie sehen: Es gibt politisch sehr unterschiedliche Möglichkeiten. Deshalb würde ich auch sagen: Der Jugend-Check ist kein Gegenstand, der sich wirklich für parteipolitische Diskussionen eignet. Das ist mein Eindruck.

**Vorsitzender Wolfgang Jörg:** Wir kommen dann zum Deutschen Bundesjugendring, Frau Broda, bitte. – Wenn Sie mich hören: Sie müssten das Mikro anschalten, oder wir haben ein Problem. – Dann haben wir ein Problem. Das tut mir sehr leid; vielleicht können Sie noch mal versuchen, das irgendwie zu beheben. Aber so hören wir nichts und würden dann auch zum Stadtjugendring Bornheim und zu Herrn Pinsdorf weitergehen, der live hier vor Ort ist.

**Dominik Pinsdorf (Stadtjugendring Bornheim e. V.):** Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Brockmeier hatte gefragt, wie es mit einer Struktur vor Ort aussieht. Ich kann sagen, dass kommunale Jugendparlamente – das hat wahrscheinlich der Landesjugendring auch schon mitbekommen, der KiJuRat auch – auf kommunaler Ebene unterschiedliche Akzeptanz haben. Wir in Bornheim haben festgestellt, dass es mit den Entscheidungsträgern, die die Verantwortung haben, auch immer wieder schwindet. Die Struktur vor Ort kann unterschiedlich aussehen. Wir haben Jugendforen gehabt, die keine Legitimation hatten. Man wurde eingeladen und hat sich dann mit den Berufspolitiker\*innen bzw. mit den Stadträten ausgetauscht. Das Jugendparlament selbst ist bei uns leider aufgrund der Akzeptanz in der Jugendbeteiligung ruhend gestellt worden. Zum Anlass ist genommen worden, dass es zu wenige Jugendliche gibt, die sich beworben haben. Das ist, glaube ich, auch der entscheidende Punkt, den wir in der Beteiligungsform sehen: Ja, es ist wichtig, eine Legitimation zu haben, denn ohne Legitimation habe ich keine Akzeptanz beim Stadtrat, beim Bürgermeister und Ähnlichen. Aber erklären Sie einmal einem Jugendlichen, warum er mit 16 Jahren an der Kommunalwahl teilnehmen darf, aber als Jugendparlamentarier mit 16 Jahren nicht am Jugendhilfeausschuss teilnehmen darf. Das verstehen junge Menschen nicht. Da geht der Spielball wieder zurück an den Gemeindebund, zu sagen, da muss in der GO auf jeden Fall etwas passieren, sonst machen wir uns, glaube ich, unglaublich, junge Menschen zu beteiligen.

Auf Landesebene sehe ich es so, dass ein Jugendparlament an sich erst mal eine gute Idee ist. Es muss aber ein Konzept vorliegen, und es muss ein Konzept sein, das nachhaltig ist und wodurch keine Doppelstruktur entsteht. Ich habe die Befürchtung, dass der KiJuRat NRW als Legitimation der Jugendparlamentarier, die sie ja wählen, eher ein Akzeptanzproblem bekommen könnte. Da muss man eben schauen, dass man diese gute Institution, in das, was im Koalitionsvertrag der CDU und der FDP steht, mit einbindet.

Ich glaube aber auch – das ist auch wichtig –, dass Konzepte nicht nur nachhaltig sein müssen, sondern sie müssen auch mit den Jugendlichen entwickelt werden. Ich habe in meiner Stellungnahme auch ein bisschen provokant geschrieben, dass die Jugend von NRW eine Strategie entwickeln muss und nicht Nordrhein-Westfalen. Denn die

Jugendlichen müssen sagen, wo es hingeht. Und wir müssen mit ihnen diskutieren, uns mit ihnen austauschen in verschiedensten Arten und Möglichkeiten, wie z. B. Jugendforen in den einzelnen Bezirksregierungen, und müssen schauen, wie wir sie mitnehmen können. Ich stelle mir auch vor, dass sich ein KiJuRat NRW daran vielleicht auch beteiligen könnte und er davon auch einen wichtigen Nutzen haben könnte.

Um noch einmal auf die Frage von Herrn Brockmeier zu kommen, wie es strukturell wahrgenommen wird: Wie gesagt, ich glaube, dass wir projektorientiert mehr junge Menschen erreichen können, aber dann haben sie eben keine Legitimation. Wir müssen uns die Frage stellen: Was wollen wir mit einem Jugendparlament erreichen? Auf kommunaler Ebene sage ich immer, dass Demokratieförderung ein ganz wichtiges Stichwort ist. Aber auch wir müssen schauen, dass natürlich nicht nur Eliten gefördert werden, sondern auch Menschen, die wir nicht erreichen. Mit Jugendparlamenten haben wir selten Menschen erreicht, die offene Treffs besuchen. Das muss man einfach einmal ganz nüchtern und klar sagen. Da haben wir in Projekten gesehen: projektorientiert. Aber trotz alledem ist eine Legitimation wichtig. Und ich finde, das muss man in einem Jugendparlament auf Landesebene berücksichtigen. Ich denke, Thüringen ist da auch einen Schritt weiter. Ich hatte mich dazu mit dem Ministerpräsidenten RameLOW schon einmal ausgetauscht. Es liegt auch immer daran, wie ernst man so etwas nimmt: Ist es eine Alibibeteiligung, oder ist es keine Alibibeteiligung? In vielen Kommunen ist es leider manchmal auch eine Alibibeteiligung.

**Vorsitzender Wolfgang Jörg:** Jetzt würde ich es noch mal mit Frau Broda versuchen. Können Sie uns mal einen Stimmtest geben? – Nein, es klappt immer noch nicht. Wir haben aber in der Einladung, die Sie bekommen haben, eine Hotline angegeben. Vielleicht können Sie diese einmal anrufen. Dann probieren wir es noch mal. Wir bleiben da am Ball, immerhin sehen wir Sie schon. – Dann kommen wir zur AGOT NRW. Herr Roch, bitte.

**Christopher Roch (Arbeitsgemeinschaft Offene Türen Nordrhein-Westfalen e. V. [per Video zugeschaltet]):** Sehr geehrte Damen und Herren! Stellen Sie sich vor, Sie gehen ins Restaurant, erhalten die Speisekarte und schauen sich die Speisekarte einmal von vorne bis hinten an. Dann schauen Sie die Kellnerin oder den Kellner an und bestellen einmal alles, die komplette Speisekarte. So kommt mir dieser Antrag vor: die komplette Speisekarte. Verstehen Sie mich bitte nicht falsch. Wir vonseiten der AGOT können die Inhalte des Antrags voll unterstützen, aber ich habe den Eindruck: Dieser Antrag bestellt sozusagen mehr als wir essen können. Wir sehen die Gefahr, dass im Rahmen einer Jugendstrategie viele Dinge benannt und diskutiert werden. Uns kommt es vor allem auf die Umsetzung an. Daher wäre es in meiner Welt zielführend, zu priorisieren. Ich habe Ihnen jetzt drei Impulse mitgebracht, die bestimmte Punkte des Antrags hervorheben.

Punkt 1: Ich glaube, es ist entscheidend, dass wir unsere Kräfte in der Sache auf die wirklich großen Dinge konzentrieren. Wir haben da eine ganz konkrete Chance, Mitbestimmung in einer besonderen Sache umzusetzen, und zwar bei der Umsetzung des OGS-Rechtsanspruchs. Ich glaube, wenn wir ehrlich sind, dann ist das ein Gesetz,



das in erster Linie für berufstätige Eltern gemacht worden ist. Aus meiner Sicht brauchen wir in der Umsetzung einen Ausgleich, der sich an den Bedürfnissen der Kinder orientiert. Da dürfen wir gern frühzeitig ins Gespräch kommen. Es ist zwar noch ein bisschen hin, aber es wird kommen.

Impuls Nummer 2: Kinder- und Jugendpolitik braucht Strukturen. Es wurde ja gerade schon angesprochen, die verpflichtende Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in allen sie betreffenden Entscheidungen in der Gemeindeordnung zu verankern. Das halten wir für hochgradig sinnvoll. Ich habe gestern noch mit Silke Löbbers von der Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung in Schleswig-Holstein telefoniert. Das hätte unseres Erachtens eine große Signalwirkung ins Land hinein. Es wäre für uns auch eine zentrale Voraussetzung dafür, Partizipation, so wie wir sie verstehen, vor Ort zu ermöglichen.

Der letzte Impuls: Wir brauchen professionelle Hauptamtliche, die ein Sprachrohr der Kinder und Jugendlichen sind, die sich nicht von sich aus artikulieren. Auch das ist schon ein paar Mal angeklungen: Menschen, die Beteiligung organisieren, aber die bezogen auf bestimmte Fragestellungen auch formulieren und fokussieren können. Ich rede hier weniger von Gremien, sondern ich rede von Galionsfiguren.

**Vorsitzender Wolfgang Jörg:** Jetzt kommen wir zur nächsten Fragerunde der Abgeordneten. Gibt es Fragen oder Nachfragen? – Ich sehe Herrn Jens Kamieth. – Herr Kamieth, bitte.

**Jens Kamieth (CDU):** Zwei Details vielleicht noch. Da ich eben bei den Vertretern der Öffentlichkeit so gar nicht durchgedrungen bin, versuche ich noch einmal, von den Landschaftsverbänden eine Antwort zu bekommen.

(Lorenz Bahr [Landschaftsverband Rheinland]: Wieso?)

Sie setzen sich kritisch damit auseinander, ob die Jugendstrategie auch für Kinder unter zwölf Jahren gelten sollte. Könnten Sie uns das noch mal ein bisschen erläutern, warum es nicht auch auf Jugendliche bzw. Kinder unter zwölf Jahren ausgedehnt werden sollte? Dann würde ich diese Frage tatsächlich auch an Frau Heimann spiegeln, weil sie natürlich im besonderen Maß auch die jüngeren Kinder bzw. die Eltern von jüngeren Kindern betrifft. Warum sollen die Kinder da nicht mitreden?

Die dritte Frage richtet sich an den Kinder- und Jugendrat. Wir haben nun als NRW-Koalition das unabhängige, direkt gewählte Kinder- und Jugendparlament auf den Weg gebracht und haben uns dabei insbesondere um Überparteilichkeit bemüht, indem wir den Landtagspräsidenten damit beauftragt haben. Wir kommen in meinen Augen dadurch Ihrer Empfehlung oder Forderung auch nach. Wie bewerten Sie die Einschaltung des Landtagspräsidenten an diesem Punkt? Und wie bewerten Sie das Jugendparlament insgesamt als Ganzes?

**Dr. Dennis Maelzer (SPD):** Für meine erste Frage wäre es entscheidend, ob mittlerweile die Leitung nach Berlin, zu Frau Broda, steht.

**Vorsitzender Wolfgang Jörg:** Sehen wir dann.

**Dr. Dennis Maelzer (SPD):** Erst mal fragen; dann probieren wir es. – Der Deutsche Bundesjugendring hat die Bundesregierung bei der Umsetzung der Jugendstrategie auch beraten. Daher würde es mich natürlich schon interessieren, welche Maßnahmen oder Beispiele Sie besonders positiv hervorheben können, also was gut funktioniert hat und damit auch auf Landesebene implementiert werden könnte. Mich würde aber auch interessieren, wenn Sie uns diesbezüglich Hinweise geben können, wo es geholt hat, wo Dinge nicht so gelaufen sind, wie Sie sich das vorgestellt haben. Wurden auf der Bundesebene neben den organisierten Verbänden auch junge Menschen direkt in die Erarbeitung der Strategie mit einbezogen? Wenn ja, wie wurde das gemacht; und wenn nicht, wie würde das aus Ihrer Sicht sinnvollerweise geschehen, damit die Ideen und Wünsche junger Menschen entsprechend berücksichtigt werden können?

Meine nächste Frage geht an Frau Siemens-Weibring. Sie haben ausgeführt, dass für die Umsetzung einer eigenständigen Kinder- und Jugendpolitik Ressourcen wie Zeit, Geld und Personal vorhanden sein müssen, aber auch die Haltung bzw. der politische Wille. Können Sie uns das noch mal ein bisschen konkreter machen, wie es sich in der Praxis mit dem politischen Willen verhält und wie wir politisch ansetzen können, diesen Willen zu stärken?

**Alexander Brockmeier (FDP):** Ich hätte auch noch zwei Nachfragen. Zum einen an die Landschaftsverbände, Herrn Bahr und Frau Silies. Herr Bahr, Sie hatten gerade berichtet, wie erfolgreich die Servicestelle arbeitet, dass wir quasi schon 31 Kommunen haben, die ein Jugendparlament oder eine Art von Jugendparlament vor Ort verankert haben. Sind wir da ausreichend gut aufgestellt, oder brauchen wir da quasi noch eine Stärkung dessen, gerade wenn man merkt, es werden immer mehr Kommunen, die an dieser Stelle einen Betreuungsbedarf haben? Müssen wir da Hand anlegen, oder reicht die Struktur, die wir da derzeit haben?

Meine zweite Frage geht dahin, dass jetzt häufig angemerkt worden ist, dass man gewissermaßen zwei Strategien braucht: einmal für Kinder und einmal für Jugendliche. Da wäre meine zentrale Frage, ob man noch mal unterschiedliche Ansatzpunkte herausarbeiten kann, aus welchem Blickwinkel man diese Strategie angehen sollte. Was sind die zentralen Unterschiede der verschiedenen Jugendstrategien? Die Frage hinsichtlich der Unterschiede der beiden Strategien würde ich an Herrn Roch, Frau Siemens-Weibring – wir hatten im Bereich OGS dazu gestern auch schon in anderer Runde diskutiert – und den Kinder- und Jugendrat richten.

**Vorsitzender Wolfgang Jörg:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. – Dann würde ich es dieses Mal so machen, dass ich die einzelnen Fragen aufrufe. Herr Kamieth hat seine Fragen an den LVR, den LWL, an Frau Heimann und an den Kinder- und Jugendrat gerichtet. – Dann fangen wir mit der Beantwortung der Fragen von Herrn Kamieth an. Ich würde als Erstes die beiden Landschaftsverbände aufrufen. – Bitte, Herr Bahr.

**Lorenz Bahr (Landschaftsverband Rheinland):** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Herr Kamieth hatte in der Tat noch mal nach unterschiedlichen Strategien – das ist ja auch hier jetzt gerade Thema gewesen – für die über Zwölfjährigen und die unter Zwölfjährigen gefragt. Das ist das Thema, das Herr Schröder eben auch sehr deutlich formuliert hatte. Es sollen im Rahmen einer Jugendstrategie unterschiedliche Strategien für Jugendliche im Sinne des entsprechenden Berichts der Bundesregierung – ich glaube, es war der 15. – entwickelt werden. Auch wir würden hier Unterscheidungen vornehmen wollen, weil wir glauben, dass es von den Altersgruppen her tatsächlich eine andere Ansprache und andere Beteiligungsformate braucht.

Wenn ich im Übrigen, Herr Kamieth, eben Ihre Fragen zu kurz beantwortet habe, dann tut es mir leid, dann ist es pandemiebedingt. Sie kennen es von mir nicht, dass ich nur kurz rede.

(Jens Kamieth [CDU]: Nein, nein! – Vereinzelt Heiterkeit)

Die Frage, welche eben offen gewesen ist – dann würde ich aber auch schon zur Kollegin Silies überleiten wollen –, ist, wie viele Beteiligungsformate es denn in Nordrhein-Westfalen gibt. Es gibt mittlerweile 100 in den Städten und Kreisen. Die Zahl ist nicht ganz so klein, aber da die Servicestelle beim LWL angegliedert ist, möchte ich auch der Kollegin des LWL die Möglichkeit geben, zu antworten.

**Marlies Silies (Landschaftsverband Westfalen-Lippe):** Ich kann daran gern anschließen. Es trifft zu. Wir haben erfasst, dass wir mehr als 100 verschiedene Beteiligungsformate in NRW auf kommunaler Ebene haben. Das sind jetzt nicht immer zwangsläufig Parlamente, es können auch Räte sein, es können auch andere Beteiligungsformate sein. Das ist sehr weit gestreut, aber es gibt mehr als 100 Beteiligungsformate in NRW.

Ich kann, denke ich, auch schon an die Frage anschließen, ob die 31 Kommunen, die wir über das Projekt „Eigenständige, einmischende Kinder- und Jugendpolitik“ in NRW bisher erreicht haben, reichen. Ich denke, aus Projektsicht ist es zum jetzigen Stand schon ein sehr guter Erfolg, dass wir schon so viele erreicht haben. Das können wir definitiv schon sagen. Allerdings ist es natürlich auch nur ein Zwischenstand. Ich denke, dass wir daran sicherlich noch weiter arbeiten müssen. Selbst wenn das Projekt beendet ist, das für Ende nächsten Jahres avisiert ist, dann ist das sicherlich auch erst mal nur ein Zwischenstand, auf dem man aber weiter aufbauen sollte.

**Daniela Heimann (Landeselternbeirat der Kindertageseinrichtungen NRW e. V.):** Ich knüpfe daran einfach noch mal und mache es relativ deutlich, Herr Kamieth. Ich sage mal, wenn man jetzt fünf Mal sagt, man möchte irgendwas verändern, wenn man Kritikpunkte hervorbringt und einfach nicht gehört wird, dann hört man, glaube ich, irgendwann einfach auf. Ich denke, spätestens dann wird die Jugendpolitik einfach das Problem haben, dass Kinder völlig verdrossen sein werden und keine Lust mehr haben, sich zu beteiligen, wenn wir nicht in der frühkindlichen Bildung anfangen.

Jetzt möchte ich in aller Deutlichkeit noch mal hervorheben, dass im KiBiz zwar ein eigener Paragraf geschaffen wurde – der nennt sich Partizipation –, aber in diesem

das Gleiche steht, was auch im alten KiBiz gestanden hat. Da ist im Wortlaut eigentlich keine Veränderung eingetreten. Das heißt, möglicherweise reicht das auch aus, aber dann müssen wir an die Träger ran, dann müssen wir an die Einrichtungen ran, wir müssen an die Fachkräfte, wir müssen diesen Fortbildungen ermöglichen, wir müssen vielleicht Aktionstage oder Ähnliches gestalten, um einfach diesen Gedanken auch einmal in die Kindertageseinrichtungen hineinzutragen, dass auch kleine Kinder, die sich möglicherweise noch nicht verbal artikulieren können, sehr wohl in der Lage sind, über andere Beteiligungsverfahren ihre Meinung zu äußern. Wenn sie wahrnehmen, dass sie gehört werden und tatsächlich etwas verändern können, dann werden sie auch im späteren Leben Spaß daran haben, das weiterhin zu tun. Ich glaube, das ist das, was unsere Demokratie insbesondere in Krisenzeiten ganz, ganz dringend braucht, weil man schon so ein bisschen merkt, dass viele Leute einfach sehr verdrossen sind.

Ich würde sehr stark dafür plädieren, einfach mal zu schauen, was man noch an Aktionen oder an punktuellen Dingen schaffen kann. Das kann ja auf freiwilliger Basis passieren, dass man einfach sagt: „Hier ist ein Methodenkoffer, hier sind Angebote. Bedient euch!“, um den Kitas und auch den Tagespflegen einfach die Chance zu geben, das wirklich umzusetzen. Viele kennen den Anspruch des Gesetzgebers, wissen aber vielleicht nicht so ganz, wie sie es umsetzen sollen.

Jetzt habe ich gerade Kindertagespflege gesagt. Da würden wir uns als Elternvertreter und auch als Interessenvertreter der Kinder sehr wünschen, dass man auch die Kindertagespflege ein Stück weit mehr in die Pflicht nimmt; denn diese ist bei der Schaffung von Beteiligungsstrukturen im Moment noch gesetzlich außen vor. Ja, das sind sehr kleine Kinder, aber wir stellen bei den Platzproblemen, die wir nach wie vor haben, auch fest, dass viele Ü-3-Kinder noch in Kindertagespflegen „festsitzen“ und eben keinen Kitaplatz bekommen. Daher braucht auch die Tagespflege Ansatzpunkte, um über Beteiligungsstrukturen nachzudenken und das auch verbindlich zu tun.

**Paul H. Hofmann (Kinder- und Jugendrat NRW):** Ich würde gern noch mal auf Ihre Frage antworten, Herr Kamieth, und zwar: Grundsätzlich befürworten wir natürlich Ihre Idee des Landesjugendparlaments. Ich meine, jede Beteiligungsform ist uns in diesem Sinn natürlich erst mal willkommen. Wir stehen auch in regem Austausch mit dem Landtagspräsidenten, Herrn Kuper. Wir haben letztes bzw. gestern noch über das Landesjugendparlament gesprochen: Wie die Pläne für weitere Jugendbeteiligung aussehen, wie sich ein solches Landesjugendparlament etablieren lässt oder auf welches Fundament es sich stellen lässt. Das sind nämlich gerade die zentralen Fragen, die sich uns noch aufwerfen: Wie können wir dieses Jugendparlament mit einem echten Entscheidungsspielraum ausstatten, damit Kinder und Jugendliche bei den Belangen, die sich unmittelbar auf sie niederschlagen, auch ein gewisses Entscheidungsrecht mittragen? Auf welches demokratische Fundament soll dieses Landesjugendparlament gestellt werden? Da ist das Stichwort „Legitimation“ noch mal so eine Sache. Wir haben dazu aber auch noch mal ein eigenes Positionspapier verfasst, das Sie sich auch gern noch mal durchlesen können.

Was uns zum Schluss noch mal wichtig ist, hervorzuheben, ist, dass wir dieses Landesjugendparlament auch nur als einen sehr bedeutsamen Teil – aber wie gesagt; unterstrichen: nur als Teil – einer Landesjugendstrategie sehen.

**Vorsitzender Wolfgang Jörg:** Jetzt kommen wir zu den Fragen von Herrn Dr. Maelzer und senden noch mal nach Berlin zu Frau Broda. Gibt es etwas Neues, Frau Broda? Sagen Sie bitte einmal etwas. – Wie wir hören, hören wir nichts. – Dann müssen wir zu Frau Siemens-Weibring schalten, das klappt ja. – Bitte.

**Helga Siemens-Weibring (Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen):** Herr Vorsitzender! Es ist ausgesprochen schade, Frau Broda, dass wir Sie nicht hören können. Wir hatten ein nettes Vorgespräch und haben uns schon ein wenig austauschen können – Schicksal; Kismet.

Herr Dr. Maelzer, Sie hatten gefragt, wie sich der politische Wille äußern könnte oder wie man zeigen könnte, dass man Kinder und Jugendliche ernst nimmt. Es ist mir auch noch mal wichtig – das ist eben schon in der ersten Runde gekommen –, dass es einen deutlichen Unterschied zwischen Kinderbeteiligung und Jugendbeteiligung gibt. Die Bezeichnung „Jugend“ kommt z. B. im Namen des dafür zuständigen Ministeriums überhaupt nicht mehr vor. Wir haben nur ein Ministerium für Kinder und Familie. Da ist der Begriff „Jugend“ gar nicht mehr vorhanden. Ich würde mir wünschen, dass, wenn es mal wieder zu einer Umbenennung kommt, die Jugend auch wieder als eigenständiger Bereich benannt würde.

Es gibt ein Projekt in Nordrhein-Westfalen, das „Gehörtwerden“ heißt. Das ist ein Projekt, das zusammen mit den Landschaftsverbänden Jugendliche an Prozessen beteiligt. Es geht um das Gehörtwerden, es geht nicht darum, jemanden anzuhören. Denn das, was gehört wird, soll auch umgesetzt werden. Das heißt also, es muss auch Konsequenzen haben, wenn Jugendliche Ideen entwickeln. Wir können sie nicht nur in unsere bestehenden Gremien integrieren, sondern wir müssen – das ist auch schon gesagt worden – eigene Formate finden, eigene Räume finden, eigene Zeit schaffen, Ressourcen für Kinder und Jugendliche bereitstellen, um sie auf unterschiedliche Art und Weise und in unterschiedlichen Bereichen zu unterstützen, damit sie die Ideen, die sie haben – und sie haben viele Ideen, die ihr Leben betreffen, sowohl Kinder als auch Jugendliche –, umsetzen können. Das ist, denke ich, unsere Aufgabe. Es ist nicht Jugendhilfe. Wir müssen nicht unsere Jugendhilfeansprüche an die Kinder ansetzen, sondern wir müssen den Kindern die Rechte, die sie haben, zugestehen. Das geht durch eine Verankerung in der Gesetzgebung, das geht aber auch dadurch, dass wir ihnen unsere Ressourcen zur Verfügung stellen. Was dabei herauskommt, das kann manchmal nicht das sein, was wir wollen, aber wenn es das ist, was die Situation von Kindern und Jugendlichen und das gemeinsame Leben von Erwachsenen und Kindern und Jugendlichen verbessert, dann müssen wir das annehmen und damit umgehen.

Ich glaube, das war zu diesem Punkt das Wesentliche. Zu der Frage von Herrn Brockmeier kommen wir ja später noch.

**Vorsitzender Wolfgang Jörg:** Dann kommen wir in der Tat jetzt zu den Fragen von Herrn Brockmeier. Da ging es noch mal um die unterschiedlichen Strategien für Kinder und für Jugendliche. Herr Brockmeier hat die Landschaftsverbände angesprochen. – Herr Bahr, Sie haben wieder das Wort.

**Lorenz Bahr (Landschaftsverband Rheinland):** Ich hatte an dieser Stelle eben schon kurz geantwortet und auf Wolfgang Schröer verwiesen. Aber damit wir nicht mit einem Missverständnis nach Hause gehen: Wir sprechen, Frau Heimann, über die Frage einer Jugendstrategie. Das unterscheidet sich an dieser Stelle nach unserer Auffassung tatsächlich von einer möglichen Kinderstrategie bzw. Beteiligungsformaten innerhalb der Kitas. Da gibt es ganz, ganz viel. Beteiligung klingt jetzt total hohl, ist uns aber ganz wichtig. Wir machen da nicht nur Zertifikatskurse, sondern begleiten die Kitas, entsprechende Verfassungen zu erarbeiten und genau auszuloten, wie weit Kinder in der Kita auch beteiligt und nicht nur gehört werden können, damit sie auch mitentscheiden können. Das geht soweit, dass Kinder nach unserer Auffassung in den Kitas auch bei der Personalauswahl mitgehört werden können. Dazu gibt es nicht nur entsprechende Formate, sondern ganze Fortbildungsreihen und Zertifikatskurse. Aber das unterscheidet sich ganz wesentlich von dem, was wir als Jugendstrategie im Sinne des entsprechenden Berichts der Bundesregierung – der 15. war es – brauchen. Es ist so, wie Helga Siemens-Weibring sagte: Allein bezogen mit Blick auf unser eigenes Ministerium ist die Jugend zwar nicht inhaltlich, aber in der öffentlichen Wahrnehmung heruntergefallen. Insofern braucht es für Jugendliche, deren Lebenswelt eine ganz andere ist und die sich ganz anders beteiligen, auch Beteiligungsformate und – jetzt muss der Begriff einmal fallen, Frau Siemens-Weibring – auch die Erfahrung – das gilt übrigens auch für die Kinder in den Kitas – und die Selbstwirksamkeit. Wer uns das eben ganz hervorragend vormacht, dass das funktioniert, ist tatsächlich „Fridays for Future“. Die haben uns Erwachsene eben nicht gebraucht, um genau das einzufordern bzw. das umzusetzen, was wir quasi hier heute politisch diskutieren und einfordern.

**Vorsitzender Wolfgang Jörg:** Frau Silies, möchten Sie das noch ergänzen? – Nein, okay. – Dann kommen wir mit der gleichen Frage noch mal zu Frau Siemens-Weibring.

**Helga Siemens-Weibring (Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen):** Herr Vorsitzender! Herr Brockmeier hatte das im Hinblick auf die Anhörung angesprochen, die wir am gestrigen Tag zur OGS hatten. Da hatte ich schon mal gesagt, dass für mich OGS – und das hatte Herr Roch eben auch noch mal in seinem Statement angesprochen – kein Angebot ist, das vorrangig dafür da ist, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf herzustellen, sondern wir sehen das immer in einer Trias zwischen Bildung, Erziehung und Betreuung. Da spielen Bildung und Erziehung eine ganz wichtige Rolle. Die außerschulische Bildung hat die Persönlichkeitsbildung als einen wesentlichen Faktor.

Dafür ist es notwendig, dass für die Kinder in der OGS diese Räume auch geschaffen werden: nicht nur schulische Bildung mitzunehmen, sondern auch Persönlichkeitsbildung zu gestalten. Das ist noch mal jeweils auf die unterschiedlichen Altersphasen einzurichten. Es ist wichtig, dass dafür Räume, Personal und Fachkräfte zur Verfügung

stehen. Das sind andere Fachkräfte als diejenigen, die schulische Inhalte vermitteln. Das sind andere Pädagogen, die da zum Tragen kommen, um die Kinder zu unterstützen. Es geht nicht darum, Wissen zu vermitteln, sondern es geht darum, Kindern den Raum zu geben, sich zu entwickeln. Das war gestern in der Diskussion schon einmal ein wesentlicher Faktor. Und das spielt hier, finde ich, eine genauso große Rolle. Denn wir treffen alle unsere Kinder und Jugendlichen in den Schulen. Sie sind sehr unterschiedlich, wir müssen sie unterschiedlich wahrnehmen, und wir müssen ihnen allen, so wie sie sind, die Möglichkeit geben, sich an der Entwicklung unserer Gesellschaft zu beteiligen. Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass die etwas anders aussieht als das, was wir uns vielleicht als Erwachsene vorstellen. Aber ich glaube, wir können als Erwachsene auch sehr davon profitieren, wenn wir das mitnehmen.

**Christopher Roch (Arbeitsgemeinschaft Offene Türen Nordrhein-Westfalen e. V. [per Video zugeschaltet]):** Auch auf die Frage, die Herr Brockmeier gestellt hatte: Brauchen wir zwei unterschiedliche Strategien? Da würde ich mich gern zurückhalten. Für mich ist das in erster Linie eine Frage der Ansprache. Wir brauchen auf jeden Fall zwei unterschiedliche Ansprachen in Bezug auf unter Zwölfjährige und über Zwölfjährige, also in dem Sinne einer groben Trennung. Für mich wäre das in erster Linie eine Frage der operativen Durchführung. Wie geht man das methodisch an? Wir haben das im Jugendzentrum meistens auch sehr strikt zwischen Kinderbereich, Teeniebereich und Jugendbereich getrennt. Aber ob es jetzt zwei Strategien braucht – da halte ich mich erst mal zurück. Dazu kann ich nichts sagen.

**Vorsitzender Wolfgang Jörg:** Jetzt hat Herr Dr. Maelzer gerade mit Frau Tölke vom Landesjugendring gesprochen, die dem Bundesjugendring, den wir gerade nicht hören können, zur Seite springt. – Frau Tölke, bitte.

**Maha Tölke (Landesjugendring NRW e. V.):** Als Landesjugendring stehen wir natürlich in Austausch mit dem Bundesjugendring und würden versuchen, stellvertretend ein paar Hinweise zu geben. – Herr Maelzer, Sie haben gefragt, ob der DBJR aus seiner Erfahrung Hinweise geben kann, was für uns in NRW hilfreich sein könnte. Ich gebe noch mal wieder, dass ihre Erfahrung jetzt nach einigen Jahren ist, dass es besser gewesen wäre, die Maßnahmen, die Strategie in der Staatskanzlei statt im Bundesjugendministerium anzudocken. Es wird aber auch deutlich, dass sie sagen, sie sind noch nicht ganz zufrieden, die Strategie ist noch nicht ausgereift genug und noch nicht ausreichend abgestimmt und damit noch nicht ganzheitlich.

Sie hatten auch gefragt, ob bei der Entwicklung der Bundesjugendstrategie Kinder und Jugendliche direkt beteiligt gewesen sind. Unseres Wissens ist das nicht der Fall gewesen, sondern ist das stark vom DBJR, AGJ und den entsprechenden Abteilungen im BMFSFJ gesteuert worden.

**Vorsitzender Wolfgang Jörg:** Meine Damen und Herren, weitere Fragen liegen mir nicht vor. Dann möchte ich mich bei Ihnen allen recht herzlich bedanken, dass Sie zu uns gekommen sind und unsere Arbeit unterstützt haben.

(Zurufe, u. a.: Frau Broda ist wieder da!)

**Daniela Broda (Deutscher Bundesjugendring [per Video zugeschaltet]):** Vielleicht geht es jetzt. Man hat mir die Rechte entzogen.

**Vorsitzender Wolfgang Jörg:** Ich habe das nicht gesehen.

**Daniela Broda (Deutscher Bundesjugendring [per Video zugeschaltet]):** Das ist ein Traum; eine Punktlandung. Es tut mir sehr, sehr leid. In der Vorkonferenz hat alles wunderbar funktioniert. Seitdem ich in Ihrem Hauptraum bin, gab es irgendwie keine Berechtigung, dass ich sprechen darf. Ich nehme das jetzt nicht als Zeichen gegen den Deutschen Bundesjugendring; ich entschuldige mich dafür. Und wie gesagt: Gerade bin ich noch mal raus und rein. Dann müssen Rechte erst wieder freigegeben werden.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren! Dann würde ich kurz noch mal im Staccato durchgehen, wenn es mir gestattet ist, Herr Vorsitzender. Auch wir begrüßen natürlich – das war, glaube ich, in unserer Stellungnahme auch sehr deutlich – den Weg und die Weichenstellung. Ich konnte bei allen Fragen gut zuhören und habe auch allen Expert\*innen an dieser Stelle gut zugehört. Wir sind ja in einem Prozess von 15 Jahren – 15 Jahre, in denen wir dieses Thema „Eigenständige Jugendpolitik“ diskutieren. Die Tür war noch nie so weit offen wie heute, im Hier und Jetzt. Es besteht auch die Möglichkeit, dass auch in der Republik sukzessive Veränderungen, egal, auf welcher Ebene, stattfinden.

Ich bin, glaube ich, von Herrn Maelzer gefragt worden – dankenswerterweise haben die Kollegin und der Kollege vom Landesjugendring dies auch ein bisschen beantwortet –, wie es denn mit der Bundesperspektive ist und wie wir beteiligt waren und Ähnlichem. Dazu kann ich gern auch noch etwas im Staccato sagen. Ich glaube, ein Prozess, den wir zusammen mit auf den Weg gesetzt haben, ist der erste Knüpfungspunkt gewesen bei der ganzen Diskussion im Bund, und zwar der Jugend-Check. Aber dazu hat Herr Ziekow vorhin schon sehr differenziert gesprochen. Das war ein Vorhaben, das wir massiv unterstützt haben. Eigentlich, das muss man auch sagen, war das mit der Türöffner, dass es uns im Bund gelungen ist, im Jahr 2019 unter einer gemeinsamen Verantwortung von Politik und von Jugend eine Jugendstrategie auf den Weg zu bringen. Das war damals sozusagen der Büchsenöffner, als wir uns auf den Weg gemacht haben, als wir geschaut haben, wie eine kluge Gesetzesvorhabenabschätzung als Instrument im Bund etabliert werden kann.

Stichwort „Was kann man verbessern, was kann man verändern“: Ich glaube, es ist für uns wichtig, Ihnen da zulassen – das wird auch aus der Stellungnahme ganz klar noch mal deutlich –: Ganzheitlichkeit. Es gibt viele, viele Maßnahmen, die seit 2019 im Bund laufen. Die haben alle Eigenlogiken, es sind schöne Maßnahmen, sie beziehen junge Menschen ein, aber sie stehen auch sehr im Nebeneinander und verfolgen keine Strategie in dem Sinn, dass es eine nachhaltige, eine langfristige Jugendstrategie ist, die ressortübergreifend ist. Für die Ankerpunkte, die Sie in Ihrem Antrag setzen, haben



wir uns auch sehr ausgesprochen, gerade wenn Sie den Standpunkt auch dahin gehend beziehen, wie eine Verankerung bei Ihnen in NRW sein kann. Es lohnt, darüber im Vorfeld nachzudenken, zu diskutieren und dies auch zu implementieren. Die Nachhaltigkeit ist das eine, wenn ich Dinge gleichsetze, aber auch die Form der Steuerung und der Beteiligung im Vorfeld sind wichtig, wenn man sich im Land Gedanken darüber macht, wo eine Implementierung stattfinden kann. Ich glaube, bei Ihnen war es in der Stellungnahme im Hinblick auf die Staatskanzlei genannt. Da kann man Sie ermutigen: Bleiben Sie da dran. Ich glaube, was auch sehr wesentlich ist: Beteiligung findet an vielen Orten statt. Es gibt viele Player, viele unterschiedliche Trägerinnen und Träger. Die Einbindung von den vielen Expertisen und Erfahrungswerten ist etwas ganz Entscheidendes an dieser Stelle.

Vielleicht soweit ein kurzes Staccato zu den Erfahrungen im Bund, aber auch noch mal ein paar Leuchtblicke nach vorne gerichtet. An der Stelle noch mal eine große Entschuldigung, dass das nicht von Anfang an so rund gelaufen ist.

**Vorsitzender Wolfgang Jörg:** Kein Problem. Vielen Dank. Dann konnten wir jetzt zumindest alle Fragen beantworten. Herzlichen Dank, viele Grüße nach Berlin.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die nächste Sitzung findet im Wahljahr statt, nämlich am 20. Januar. Ich würde vorschlagen, dass wir in dieser Sitzung die Auswertung dieser Anhörung vornehmen.

(Alexander Brockmeier [FDP]: Meine Frage!)

Sie haben noch eine Wortmeldung?

(Max Fockenberg [Kinder- und Jugendrat NRW]: Die Frage von Herrn Brockmeier hat sich auch an uns gerichtet!)

Entschuldigung. Okay. Dann habe ich eine übersehen. Das tut mir leid.

**Max Fockenberg (Kinder- und Jugendrat NRW):** Ich würde die Antwort gern mit einem Bezug auf Frau Heimann verbinden. Wir sind auf keinen Fall dagegen, dass man Kinder mit einbeziehen soll. Man muss Kinder auch mit einbeziehen. Wir sind ja auch der Kinder- und Jugendrat. Wir haben auch Kinderparlamente bei uns im KiJu-Rat. Aber da haben wir die Erfahrung gemacht, dass die Kinderparlamente und die Jugendparlamente teilweise unterschiedliche Bedürfnisse haben und auch in unterschiedlichen Bereichen arbeiten.

Darum denken wir, dass es sinnvoll ist, das Ganze zu splitten und zwei Strategien zu schaffen. Es kann natürlich Bereiche geben, in denen es Synergien geben wird und auch geben muss. Aber man kann nicht alles über einen Kamm scheren. Wenn man das vernünftig machen will, sollte man Kinder und Jugendliche jeweils einzeln in den Blick nehmen, um auf ihre Bedürfnisse ordentlich eingehen zu können. Wir wären für zwei Strategien.

**Vorsitzender Wolfgang Jörg:** Jetzt sind aber keine Antworten und auch keine Fragen mehr offen. Ich wünsche Ihnen allen eine schöne Weihnachtszeit, bleiben Sie gesund, und wir sehen uns im nächsten Jahr wieder. Wie gesagt: Der Ausschuss hat am 20. Januar seine nächste Sitzung. Ich würde vorschlagen, dass wir die Auswertung in dieser machen, und am 10. Februar, in der zweiten Sitzung, darüber abstimmen. Bis bald!

gez. Wolfgang Jörg  
Vorsitzender

**Anlage**

05.01.2022/06.01.2022

10

Stand: 05.01.2022

**Anhörung von Sachverständigen**  
des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend**NRW muss eine Strategie für eine eigenständige und einmischende Kinder- und Jugendpolitik entwickeln**

Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/14941

am Donnerstag, dem 9. Dezember 2021  
13.00 bis (max.) 15.00 Uhr, Plenarsaal, Live-Stream**Tableau**

<b>eingeladen</b>	<b>Teilnehmer/innen</b>	<b>Stellungnahme</b>
Landschaftsverband Rheinland Köln	<b>Lorenz Bahr</b>	<b>17/4636</b>
Landschaftsverband Westfalen-Lippe Münster	<b>Marlies Silies</b>	
Städtetag Nordrhein-Westfalen Köln	<b>Bianca Weber</b>	
Landkreistag Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	keine Teilnahme	---
Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	<b>Dr. Matthias Menzel</b>	<b>wird erwartet</b>
Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen c/o Diakonisches Werk Rheinland-West- falen-Lippe e.V. Düsseldorf	<b>Helga Siemens-Weibring</b>	<b>17/4622</b>
Landesjugendring Nordrhein-Westfalen e.V. Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände in Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	<b>Maha Tölke</b> Max Pilger	<b>17/4632</b>

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Kinder- und Jugendrat Nordrhein-Westfalen c/o Landschaftsverband Westfalen-Lippe Landesjugendamt Westfalen Münster	<b>Paul H. Hofmann</b> Max Fockenberg	<b>17/4609</b>
Professor Dr. Wolfgang Schröer Universität Hildesheim Institut für Sozial- und Organisationspädagogik Hildesheim	<b>Prof. Dr. Wolfgang Schröer</b> <i>(per Videozuschaltung)</i>	<b>17/4644</b>
Landeselternbeirat der Kindertagesstätten in NRW c/o Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes NRW Düsseldorf	<b>Daniela Heimann</b> Heike Riedmann	<b>17/4628</b>
Dr. Steve Kenner Leibniz Universität Hannover Institut für Didaktik der Demokratie Hannover	<b>Dr. Steve Kenner</b> <i>(per Videozuschaltung)</i>	<b>17/4643</b>
Professor Dr. Jan Ziekow Institutsdirektor; Kompetenzzentrum Jugendcheck Kompetenzzentrum Jugend-Check Berlin	<b>Prof. Dr. Jan Ziekow</b> <i>(per Videozuschaltung)</i>	<b>17/4604</b>
Deutscher Bundesjugendring Daniela Broda Berlin	<b>Daniela Broda</b> <i>(per Videozuschaltung)</i>	<b>17/4637</b>
Stadtjugendring Bornheim e.V. Vorsitzender Dominik Pinsdorf Bornheim	<b>Dominik Pinsdorf</b>	<b>17/4647</b>
Landessportbund Nordrhein-Westfalen e.V. Duisburg	keine Teilnahme	---
AGOT NRW Christopher Roch Düsseldorf.	<b>Christopher Roch</b> <i>(per Videozuschaltung)</i>	---